



Knapper Sieg: Bundesrat Berset (2. v.l.) am 16. März während der Abstimmung für die Rentenreform

Foto: Yoshiko Kusano/EQ Images

Urabstimmung einen lässt. «Wir sind zuversichtlich, dass wir eine klare Mehrheit erhalten. Denn wir können beweisen, dass das Gros der Bevölkerung mit mittleren und tieferen Einkommen mit der Reform besser fährt.»

Zudem soll die Urabstimmung bereits Teil des Abstimmungskampfes werden. «Wir leben Demokratie, im Gegensatz zu den Bürgerlichen», sagt Levrat. «Die FDP zwingt ihre Leute per Fraktionszwang auf Linie, die SVP scheut die Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser.» Seine SP hingegen organisiert eine Urabstimmung, damit die Mitglieder mitbestimmen könnten.

Gewerkschaften auf Linie – Spaltpilze im bürgerlichen Lager

Parallel dazu schliessen auch die Gewerkschaften die Reihen. Gestern haben sich die Unia und der VPOD für die Altersvorsorge-Reform ausgesprochen. Ende Woche dürfte Gewerkschaftschef und Ständerat Paul Rechsteiner auch den Gewerkschaftsbund auf die Reform einschwören. Geht Levrats Plan auf und schafft er ein spektakuläres Ja seiner Genossen, hat sein Bundesrat Berset bei der Volksabstimmung gute Chancen. Ein Bündnis von SP, Gewerkschaften, der politischen Mitte aus CVP und BDP, dem sich auch noch die Bauern anschliessen werden, hat das Potenzial für eine Mehrheit.

Einfach wird es immer noch nicht: Die Frage ist, wie geschlossen das bürgerliche Nein-Lager gegen die Reform-Vorlage kämpfen wird. Derzeit geben sich SVP-Präsident

Albert Rösti und FDP-Präsidentin Petra Gösli noch kompromisslos. Doch es zeigen sich erste Risse in der Nein-Front.

Rösti will sich jedenfalls nicht auf eine grosse Kampagne festlegen. «Unser Engagement im Abstimmungskampf hängt auch von den Ressourcen ab.» Kampfeslust tönt anders. Röstis Zurückhaltung kommt nicht von ungefähr. Seine Bauernvertreter wollten schon im Parlament der Vorlage zustimmen, weil sie in der Erhöhung der AHV Vorteile sahen. Ein guter Teil der SVP-Anhänger dürfte deshalb Sympathien für Berts Reform haben. Und inzwischen sehen auch einige Branchenverbände aus dem Gewerbe Vorteile in der Reform. Gute Gründe für die SVP, im Abstimmungskampf nicht an vorderster Front zu stehen.

Entscheidend könnte sein, auf welche Seite sich der Versicherungsverband schlägt. Die Pensionskassen warnen schon länger vor einem Scheitern der Reform, weil sie die Senkung des Umwandlungssatzes für überlebenswichtig halten. Vertreter des mächtigen Versicherungsverbandes haben sich während der Parlamentsdebatte hinter verschlossenen Türen ähnlich geäussert.

Offiziell hält sich der Verband aber noch bedeckt. Kippt er auf Berts Seite, wird es auch für die FDP und die grossen Wirtschaftsverbände schwierig, mit voller Kraft gegen das versammelte Mitte-links-Lager anzutreten und bei der Volksabstimmung einen Sieg zu erringen. Zumal sich auch Westschweizer Unternehmerverbände für Berts Reform einsetzen.

Werden Sie den Abstimmungskampf für die Reform alleine führen, oder werden Sie von anderen Bundesräten unterstützt?

Der Bundesrat steht hinter der Vorlage, die aus dem Parlament kommt. Er ist der Meinung, dass die Reform für die Schweiz äusserst wichtig ist. Soziale Sicherheit hat für unser Zusammenleben eine grosse Bedeutung. Der Bundesrat informiert immer vor einer Abstimmung. Das werden wir auch hier selbstverständlich tun. Denis von Burg

Vorlage stellt. Zur Abstimmung kommt eine ausgewogene Vorlage, welche die Renten garantiert und deren Finanzierung sichert. Die SP-Führung hat ihre Zweifel und will deshalb eine Urabstimmung in der Partei. Ist das eine gute Idee? Ich bin zuversichtlich, dass dies die Unterstützung für die Reform stärkt. Die Sozialdemokraten sind seit je für solide, starke Sozialversicherungen. Unsere Reform bringt soziale Fortschritte, was Sozialdemokraten ja eigentlich befürworten.

Trotz Rentensenkung wird nicht mehr gespart

Unrealistische Erwartungen, Wissenslücken und fehlende Finanzen behindern die freiwillige Altersvorsorge

Zürich Das gibt ein böses Erwachtes. Ein Drittel der Befragten erwartet, dass ihre Rente 71 bis 80 Prozent des letzten Lohnes ausmachen wird. Knapp ein weiteres Drittel rechnet nach der Pensionierung gar mit mehr als 90 Prozent des derzeitigen Lohnes. Das zeigt die repräsentative Umfrage in der Schweizer Bevölkerung für den UBS-Vorsorgemonitor 2016. Die Altersleistungen aus AHV und Pensionskasse decken jedoch nur ungefähr 60 bis 70 Prozent des letzten Salärs ab. Die Erwartungen an die Altersvorsorge sind offenbar unrealistisch.

Die Defizite der AHV, die Schlagzeilen um Rentensenkungen und die seit Wochen anhaltende intensive Debatte um eine Reform haben die Altersvorsorge definitiv zum Thema gemacht, auch bei den Jungen. Das freiwillige Sparen insgesamt – also nicht nur für das Alter – hat in den letzten zehn Jahren zwar zugenommen, wohl nicht zuletzt als Reaktion auf die Finanzkrise. 2005 sparten die Schweizer Haushalte um die 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens. 2013 und 2014 waren es 15 Prozent, 2015 13,7 Prozent.

Aber nur knapp die Hälfte der Befragten verfügt gemäss UBS-Vorsorgemonitor über eine Säule-3a-Lösung für das steuerbegünstigte Vorsorgesparen, das die Rente

aufzubessern hilft. 2015 – neuere Zahlen fehlen – lagen 97,5 Milliarden Franken auf Säule-3a-Konten bei Banken und Versicherungen, 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Wachstum hat sich jedoch in den letzten Jahren abgeschwächt. 2012 waren die 3a-Gelder mit 7,8 Prozent noch doppelt so schnell gewachsen, seither wird der Zuwachs jedes Jahr kleiner.

Die Finanzdienstleister registrieren wenig Anzeichen für Verhaltensänderungen. «Aus unserer Optik wird nicht mehr gespart oder verzichtet, und es wird nicht gezielter auf das Alter hin investiert», stellt Sven Pfammatter fest, Geschäftsbereichsleiter Zürich des VZ Vermögenszentrums. «Wir beobachten leider eher, dass die Versicherten dazu neigen, die Augen vor der anstehenden Reform und deren Auswirkungen zu verschliessen», sagt Michael Hartmann vom Finanzberater Moneypark, an dem die Sonntagszeitungs-Herausgeberin Tamedia mit 20 Prozent beteiligt ist.

«Für die Jungen ist das Thema oft zu weit weg»

Die UBS führte im letzten Jahr Workshops mit jungen Erwachsenen zum Thema Vorsorge und Säule 3a durch. Der Hauptgrund, warum junge Leute nicht in das Säule-3a-Konto einzahlen, ist zwar meist das mangelnde Geld. Aber

dazu kommen weitere Hindernisse. So bestehen grosse Wissenslücken, und der Beitrag für die Säule 3a – derzeit bei 6768 Franken pro Jahr – kann auf Junge abschreckend wirken.

«Für die Jungen ist das Thema oft zu weit weg», sagt Martin Arregger, Leiter Privatkunden der Region Mittelland der Credit Suisse, «der Lebensgenuss und die Work-Life-Balance haben zudem heute deutlich mehr Bedeutung als früher». Bei den 35- bis 50-Jährigen werde das Thema wichtig. «Es gibt zunehmend Ängste, dass das Geld im Alter nicht reichen könnte», stellt Arregger fest. Immer mehr Anfragen kommen von den 50 bis 65-Jährigen. Hier gehe es vor allem darum, Lücken zu erkennen und zu schliessen, sowie um die Frage, ob bei der Pensionierung das Kapital oder die Rente bezogen werden sollte, so Martin Arregger.

«In der breiten Bevölkerung steigt zwar das Bewusstsein um die Probleme der Altersvorsorge, die Mehrheit empfindet aber keine Mitverantwortung dafür», sagt die UBS-Ökonomin Veronika Weisser. Für die AHV werde der Staat verantwortlich gemacht, für die Pensionskasse der Arbeitgeber. «Deshalb fehlt der empfundene Handlungsdruck», stellt Weisser fest.

Armin Müller

«Mit dem Sparen ist es wie mit dem Abnehmen»

Psychologe Jörg Rieskamp über das lästige Thema Vorsorge

Basel Kaum einer weiss besser als Jörg Rieskamp, wieso die Schweizer trotz schwindender Renten nicht mehr sparen und mehr in die freiwillige Altersvorsorge investieren. Der Professor an der Fakultät für Psychologie der Universität Basel ist Mitautor der Studie «Psychologische Faktoren für die freiwillige Altersvorsorge».

Warum fällt es uns so schwer, uns aktiv mit der Altersvorsorge auseinanderzusetzen?

Etwas, was noch weit weg ist, ist schwer vorstellbar und erzeugt dadurch keinen Handlungsdruck. Hinzu kommen praktische Gründe: Wer jung ist, hat noch ein tiefes Einkommen und ist daher in der Regel auch wenig fähig, Geld in die Säule 3a einzuzahlen.

Die sinkenden Umwandlungssätze bei den Pensionskassen sind Dauerthema. In Bundesbern wurde eben die Rentenreform beschlossen. Ist das nicht Weckruf genug?

Unsere Studie hat gezeigt, dass der Informationsgrad einen wesentlichen Einfluss auf das Verhalten hat. Personen mit hohem Wissen

über das Vorsorgesystem zahlen häufiger und mehr in die Säule 3a ein. Aufklärung ist also durchaus sinnvoll. Hier könnten Unternehmen noch einiges tun für ihre Mitarbeitenden, indem sie sie über Vorteile und Notwendigkeit der freiwilligen Vorsorge aufklären.

Selbstkontrolle hat einen entscheidenden Einfluss aufs Sparverhalten, besagt Ihre Studie. Wie kann man sich disziplinieren, wenn man dazu neigt, Geld sofort auszugeben?

Mit dem Sparen ist es wie mit dem Abnehmen oder dem Alkoholkonsum: Man weiss, was richtig wäre, aber man ist zu schwach für die Umsetzung. Wenig disziplinierte Menschen sollten daher Mechanismen einrichten, die impulsive Entscheidungen verhindern.

Wie kann das im Fall der Vorsorge aussehen?

Motivierend könnte ein Vorsorgeplan mit schrittweiser Steigerung der Beiträge wirken. Mit einem solchen Dauerauftrag ist man bereit, einer hohen Sparrate für die Zu-

kunft zuzustimmen, die man aktuell noch ablehnt. Er gibt dem Sparer das Gefühl, nicht allzu viel Geld auf einmal entbehren zu müssen.

Kreuzfahrten, Zweitwohnungen, Golfen: Ein grosser Teil der aktiven Rentnergeneration lebt im Wohlstand. Was be-

wirkt dieses Bild gut gestellter Senioren bei den Berufstätigen?

Zurzeit sind die Probleme bei der Vorsorge tatsächlich noch nicht sehr sichtbar. Das führt dazu, dass das Thema von den Berufstätigen tendenziell unterschätzt wird. Und macht es schwieriger, eine Veränderung der Verhaltensweise zu beginnen.

Was hat Sie am meisten überrascht an Ihrer Untersuchung?

Ich war erstaunt, wie wenig selbst diejenigen Befragten, die bereits über ein 3a-Konto verfügen, über ihr Kapital wissen. Fast ein Viertel konnte nicht sagen, wie hoch die Summe ihrer Einzahlungen im Vorjahr gewesen war. Karin Kofler



Jörg Rieskamp, Uni Basel

sie im Abstimmungskampf tun»

ihre eigenen sozialpolitischen Ziele, sagt Bundesrat Alain Berset